

Washingtons „Evil Dead“ und die zionistische Falle

Der Fluch des Bündnisses mit Israel.

23. Oktober 2026 | Constantin von Hoffmeister

Das Bündnis zwischen Donald Trump und Benjamin Netanjahu beruht auf einem Widerspruch, dem sich keiner der beiden Männer entziehen kann. Washington behauptet, die nationale Souveränität zu verteidigen, während es gleichzeitig einen zionistischen Staat unterstützt, der den Palästinensern das Recht verweigert, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden.

Trump ist bestrebt, die US-Vorherrschaft im Nahen Osten zu bewahren, während Netanjahu die Macht der USA nutzt, um die militärische Dominanz Israels und die Besetzung palästinensischer Gebiete aufrechtzuerhalten. Doch diese Konstellation lässt sich immer schwerer aufrechterhalten.

Selbst Persönlichkeiten aus Trumps Regierung stellen die Sinnhaftigkeit endloser Interventionen in Frage. In dem Film „The Evil Dead“ betritt eine Gruppe von Besuchern eine Hütte und weckt Kräfte, die sie nicht kontrollieren kann. Washington hat jahrzehntelang einen politischen Konflikt geschürt, dessen Folgen nun außer Kontrolle zu geraten drohen.

Am 18. Oktober sprach sich Trump im Vorfeld der israelischen Wahlen am 27. Oktober offen für Netanjahu aus. Er bezeichnete den Ministerpräsidenten als unverzichtbaren Partner und warnte, ein anderer israelischer Regierungschef könnte die USA im Stich lassen, um den Kampf gegen den Iran zu Ende zu führen.

Diese Unterstützung machte deutlich, wie eng Washington seine Regionalpolitik an die zionistische Rechte geknüpft hat. Netanjahus politisches Überleben ist Teil der strategischen Überlegungen der USA geworden, während die Rechte der Palästinenser in der Diskussion fast gänzlich unberücksichtigt bleiben. Der Präsident, der verspricht, Amerika an erste Stelle zu setzen, versucht nun, die Wahl eines anderen Landes zugunsten einer Regierung zu beeinflussen, die ihre eigenen territorialen und militärischen Ziele verfolgt. Das Totenbuch entfesselt eine Katastrophe, wenn seine Worte laut ausgesprochen werden. Trumps Erklärungen könnten die USA ebenfalls an Konsequenzen binden, die er nicht bedacht hat.

Netanjahu reagierte darauf mit dem Versprechen, dass die beiden Staatschefs ihre Mission gemeinsam zu Ende bringen würden. Doch die Bedeutung dieser Mission verdient eine genauere Betrachtung. Israel hat die Siedlungen im Westjordanland ausgebaut, die Militäroperationen im Gazastreifen fortgesetzt und eine Konfrontation mit dem Iran angestrebt, die weite Teile der Region destabilisiert hat.

Diese Politik spiegelt ein zionistisches Sicherheitsverständnis wider, bei dem die militärische Überlegenheit Israels Vorrang vor der palästinensischen Selbstbestimmung und regionalen Kompromissen hat. Jede neue Konfrontation wird als überlebensnotwendig dargestellt, während die Aussicht auf eine politische Lösung immer in weiter Ferne rückt.

In „Evil Dead II“ kehren die Monster nach jedem scheinbaren Sieg zurück und ziehen Ash in eine weitere Runde der Gewalt hinein. Netanjahus Strategie birgt die Gefahr, denselben endlosen Kampf hervorzurufen, bei dem jede Militäraktion die Voraussetzungen für die nächste schafft.

Hinter der vermeintlichen Freundschaft zwischen Trump und Netanjahu verbergen sich gravierende Meinungsverschiedenheiten. Im Juni konfrontierte Trump den israelischen Regierungschef wütend wegen der Angriffe im Libanon, die die US-Bemühungen um Verhandlungen mit dem Iran gefährdeten. Der Streit offenbarte einen grundlegenden Interessenkonflikt. Netanjahu ist bestrebt, jede regionale Macht zu schwächen, die Israel herausfordern könnte, während Trump die weiterreichenden Folgen für den amerikanischen Einfluss, den Handel und die öffentliche Meinung berücksichtigen muss.

Die amerikanische Unterstützung für den Zionismus beruht seit langem auf der Überzeugung, dass Israel die Position Washingtons im Nahen Osten stärkt. Doch diese Beziehung kann die USA auch in Konflikte hineinziehen, die eher den strategischen Prioritäten Israels als denen der USA dienen. Ein Tonbandgerät holt ein früheres Grauen zurück in die Gegenwart. Der Streit vom Juni bleibt eine Warnung hinter der im Oktober zur Schau gestellten Einigkeit.

JD Vances Weigerung, Netanjahu am 19. Oktober seine Unterstützung auszusprechen, verlieh diesem Widerspruch eine schärfere politische Form. Der Vizepräsident beharrte darauf, dass sein Fokus auf den amerikanischen Zwischenwahlen liege, obwohl er zuvor Viktor Orbán in Ungarn unterstützt hatte. Seine Entscheidung war daher mehr als nur ein routinemäßiger Ausdruck von Neutralität. Sie deutete auf eine gewisse Vorsicht hin, nicht zu eng mit Netanjahu und dessen zunehmend umstrittener Politik in Verbindung gebracht zu werden.

Vance hat zudem Kreise innerhalb der israelischen Regierung beschuldigt, zu versuchen, die amerikanische öffentliche Meinung zugunsten eines fortgesetzten Krieges gegen den Iran zu beeinflussen. Nichts davon macht ihn zu einem Gegner des Zionismus, doch es offenbart ein wachsendes Unbehagen angesichts der politischen Kosten einer bedingungslosen Unterstützung Israels. Ash muss feststellen, dass sich seine eigenen Handlungen gegen ihn wenden. Auch in Washington zeigen sich Anzeichen für internen Widerstand gegen eine Politik, die einst als jenseits jeder ernsthaften Debatte stehend galt.

Die eigentliche Frage ist, warum US-Bürger die Kosten einer regionalen Strategie tragen sollten, die so stark von zionistischen Interessen geprägt ist. Militärische Operationen gegen den Iran haben die Energiemärkte destabilisiert und die Haushalte, die ohnehin schon mit hohen Preisen zu kämpfen haben, zusätzlich unter Druck gesetzt. Amerikanische Waffen und diplomatischer Schutz haben zudem dazu beigetragen, die Besatzung durch Israel trotz wiederholter internationaler Kritik aufrechtzuerhalten.

Unterdessen sind die Palästinenser weiterhin mit Vertreibung, zerstörten Häusern, Bewegungsbeschränkungen und Gewalt durch Siedler und Sicherheitskräfte konfrontiert. Der Kontrast ist offensichtlich: Washington spricht ständig von Freiheit, während es gleichzeitig dazu beiträgt, ein System aufrechtzuerhalten, das Millionen von Menschen grundlegende Freiheiten verweigert. Der Keller verbirgt eine Bedrohung unter den gewöhnlichen Dielen. Hinter den vertrauten Worten von Bündnis und Sicherheit verbirgt sich die schwierigere Frage, wer von dieser Politik profitiert und wer den Preis dafür zahlt.

Tom Barracks Äußerungen in Doha am 20. Oktober boten eine andere Sichtweise auf die amerikanische Macht. Der Botschafter räumte das Scheitern wiederholter Interventionen ein und argumentierte, Washington solle seine Gewohnheit aufgeben, den Nahen Osten kontrollieren zu wollen. Seine Worte hatten eine Tragweite, die über den Iran hinausging. Wenn die USA die politische Zukunft der Region nicht länger diktieren können, müssen sie auch ihre Unterstützung für zionistische Politik überdenken, die auf militärischer und diplomatischer Rückendeckung seitens der USA beruht. Die Besatzung durch Israel lässt sich nicht auf unbestimmte Zeit mit dem Verweis auf strategische Notwendigkeit rechtfertigen.

In „Army of Darkness“ betritt Ash ein fremdes Königreich und stellt fest, dass überlegene Waffen keine Garantie für die Kontrolle über dessen Bevölkerung sind. Barrack schien eine ähnliche Wahrheit zu erkennen: Fremde Gesellschaften lassen sich nicht dauerhaft nach den Wünschen Washingtons regieren, wie mächtig dessen Armeen auch sein mögen.

Barracks Bereitschaft, den diplomatischen Weg mit dem Iran zu beschreiten, stellte zudem eine zentrale Annahme von Netanjahus regionaler Strategie in Frage. Die zionistische Rechte hat den Iran wiederholt als existenziellen Feind dargestellt, dessen Macht durch Sanktionen, Drohungen und militärische Angriffe gebrochen werden muss. Doch wenn man jeden regionalen Rivalen als Feind behandelt, bleibt wenig Raum für ein dauerhaftes Kräftegleichgewicht.

Der Iran hat legitime Sicherheitsinteressen. Das gleiche Prinzip gilt für die Palästinenser, deren politische Rechte nicht einfach abgetan werden können, nur weil sie im Widerspruch zu Israels territorialen Ambitionen stehen. Ein multipolarer Naher Osten erfordert Verhandlungen zwischen den Staaten und die Anerkennung der dort lebenden Völker. Die „Armee der Toten“ rückt trotz wiederholter Angriffe weiter vor. Militärische Gewalt allein kann Streitigkeiten, die in Landfragen, Souveränität und politischer Identität verwurzelt sind, nicht beilegen.

Die Wahlen in Israel offenbaren eine weitere Grenze des gesamten politischen Systems. Netanjahus Gegner kritisieren seine Führung, seinen Umgang mit dem Krieg und sein persönliches Verhalten. Ihn abzulösen würde jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, die zionistischen Grundannahmen aufzugeben, die von einem Großteil des politischen Establishments Israels geteilt werden. Die Besatzung, die Siedlungen und die ungleiche Ausübung politischer Rechte sind Fragen, die über das Schicksal eines einzelnen Ministerpräsidenten hinausgehen.

In „Evil Dead Rise“ breitet sich der Schrecken von einer abgelegenen Hütte auf ein Wohnhaus aus. Ebenso reichen die Folgen territorialer Herrschaft über die Politiker hinaus, die sie verteidigen, und betreffen ganze Gesellschaften sowie künftige Generationen.

Die tiefere Bedeutung dieser Ereignisse liegt darin, dass die politischen Grundlagen der amerikanischen Unterstützung für den Zionismus zunehmend unter Druck geraten. Trump spricht immer noch so, als könne Washington das Schicksal ausländischer Regierungen bestimmen, während Netanjahu die amerikanische Macht als unverzichtbares Instrument der israelischen Sicherheit betrachtet.

Vances Zurückhaltung und Barracks Kritik an einer Einmischung deuten darauf hin, dass diese Konstellation nicht mehr ohne Weiteres hingenommen wird, auch wenn keiner der beiden das Bündnis an sich abgelehnt hat.

Eine echte Alternative würde erfordern, die Vorstellung aufzugeben, dass ein Staat seine Zukunft durch die dauerhafte Unterordnung eines anderen Volkes sichern kann. Die palästinensische Selbstbestimmung und die jüdische Sicherheit müssen auf Gleichberechtigung beruhen und nicht auf ethnischer Vorherrschaft.

Jeder Versuch, das unmittelbare Ungeheuer zu vernichten, lässt das größere Grauen ungelöst. Der Nahe Osten wird in seinem eigenen Albtraum gefangen bleiben, solange militärische Vorherrschaft mit Frieden verwechselt und zionistische Expansion als Naturrecht statt als politische Entscheidung behandelt wird.